



11 C.

Eingereichte Interpellation Lerch Martin (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Fankhauser Fabian (glp), Fankhauser Janosch (SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. November 2021: Praxis des Gemeinderates bezüglich Beantwortung von politischen Vorstössen von Stadtratsmitgliedern

Interpellationstext:

"Praxis des Gemeinderates bezüglich Beantwortung von politischen Vorstössen von Stadtratsmitgliedern

Anfrage:

1. Der Gemeinderat wird angefragt, nach welchen Kriterien er politische Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen) von Mitgliedern des Stadtrates beantwortet? Insbesondere interessiert, wieso in letzter Zeit diverse konkrete Fragen bei politischen Vorstössen gar nicht oder nur oberflächlich beantwortet worden sind? Ist der Gemeinderat bereit, in Zukunft zu einer verlässlichen Praxis zurückzukehren und alle Fragen von politischen Vorstössen nach bestem Wissen und Gewissen, sachlich, objektiv und umfassend zu beantworten? Erachtet es der Gemeinderat als nötig und zielführend, die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen gegebenenfalls zu präzisieren und anzupassen? Oder sieht er andere Möglichkeiten zur Qualitätssicherung?
2. Weiter wird der Gemeinderat ersucht, dazulegen, wie seine Praxis bei dringlich erklärten Vorstössen aussieht. Macht es beispielsweise Sinn, einen im August als dringlich erklärten Vorstoss erst im November zu beantworten, obwohl offensichtlich kein Abklärungsbedarf bestand und teilweise nicht einmal die konkret aufgeworfenen Fragen beantwortet wurden? Welche Möglichkeiten zur Qualitätssicherung sieht der Gemeinderat? Braucht es angesichts der unbefriedigenden Praxis der letzten Zeit Anpassungen bei den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht und bereit, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und in Respektierung der Rolle und Aufgaben des Stadtrates in Zukunft die politischen Vorstösse wieder vollumfänglich, zügig, transparent, sachlich, wahr und objektiv zu beantworten?

Begründung: In letzter Zeit war im Stadtrat in verschiedenen Fraktionen vermehrt ein latentes Unbehagen spürbar und wurde teilweise auch artikuliert, wonach Fragen, die in politischen Vorstössen formuliert wurden, zum Teil nur oberflächlich oder gar nicht beantwortet worden sind. Unrühmlicher Höhepunkt in dieser Entwicklung war dabei eine dringlich erklärte Interpellation zur aktuellen, unbefriedigenden Verkehrssituation in Langenthal vom August 2021, die erst im November und zwar nur teilweise, bzw. gar nicht beantwortet worden ist.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Mitglieder des Parlaments von ihren gesetzlichen Möglichkeiten, Vorstösse einzureichen, Gebrauch machen. Dies ist eine ihrer Kernaufgaben, schafft Transparenz und dient dem Stadtrat als gesetzgebendem Organ zur Beurteilung, ob legislatorischer Handlungsbedarf besteht. Dabei ist das Parlament darauf angewiesen, dass der Gemeinderat zu thematisierten Anliegen und aufgeworfenen Fragen sachlich korrekt, zügig, objektiv, umfassend und gemäss Dringlichkeit Stellung nimmt. Der Stadtrat und die Stadtregierung müssen dabei möglichst gut interagieren, um ihre Aufgaben zum Wohle und im Interesse der Bevölkerung bestmöglich wahrnehmen zu können."

Martin Lerch

(Erstunterzeichnender)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat